

Windenergie und Subventionen

Was der Steuerzahler und Verbraucher für die Energieversorgung dazu zahlen

Formal gibt es keine Subventionen für die Windenergie-Branche. Der Steuerzahler muss keinen Cent dafür aufwenden, damit die Bundesrepublik ihren internationalen Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll und der EU-Richtlinie zur Umstellung auf regenerative Energien nachkommt.¹ Auch im Subventionsbericht der Bundesregierung oder des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel taucht die Windenergie deshalb nicht auf.²

Dennoch hat der Gesetzgeber nachhelfen müssen, damit die erneuerbaren Energien auf dem kartellisierten und alles andere als freien Energiemarkt Fuß fassen können. Mit dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) legt der Staat Mindestpreise für den grünen Strom fest. Laut EEG wird die Vergütung für Windstrom aber jedes Jahr um nominal zwei Prozentpunkte gesenkt. Das Gesetz sieht zudem keinen Inflationsausgleich vor. Bei einer Inflation von derzeit zwei Prozent sinkt die Einspeisevergütung damit real um vier Prozent pro Jahr. Seit 1991 sind die Kosten für Windstrom bereits um 55 Prozent gefallen. Aufgrund der am 1. August 2004 in Kraft getretenen EEG-Novelle werden sie in den nächsten zehn Jahren nochmals um rund 35 Prozent fallen.

Tabelle: Preise für Windstrom aus neuen Windenergieanlagen am Referenzstandort

Jahr	Cent/kWh
1991	18,37
1995	11,77
2000	9,10
2004 (alt)	8,23
2004 (neu)	8,08
2005	7,76
2010	6,34
2015	5,18

Preisangaben als mittlere Vergütung über 20 Jahre Betriebszeit im Geldwert 2004. Angenommene Inflationsrate ab 2003: zwei Prozent (EZB-Ziel). Neben den Vergütungen des Stromeinspeisegesetzes (1991-2000) gab es Fördergelder von Bund und Ländern sowie Betriebskostenzuschüsse.

Bei steigenden Preisen für herkömmlichen Strom (Ersatzbedarf, steigende Brennstoffpreise, Emissionshandel) wird Windstrom in weniger als zehn Jahren billiger als konventionell erzeugter Strom. Windstrom wird heute mit durchschnittlich neun ct/kWh vergütet – neue Anlagen anfangs mit nur noch 8,19 ct/kWh. Strom an der Strombörse kostet etwa 5,5 ct/kWh, Tendenz steigend. Aus der

¹ Vgl. Richtlinie 2001/77/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt.

² Der Subventionsbericht der Bundesregierung führt nur geringfügige Mittel (2004 ca. 1.5 Mio. Euro) für das so genannte „250-MW-Wind“ Förderprogramm auf

Dezember 2006

Ihr Ansprechpartner:

Dr. Matthias Hochstätter
Pressesprecher

HAUPTSTADTBÜRO

Tel.: +49 (0)30/28482-121

Fax.: +49 (0)30/28482-107

Mobil: +49 (0)170 551 25 42

m.hochstaetter@wind-energie.de

■ HAUPTSTADTBÜRO

Marienstr. 19/20
10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30/28482-106

Fax: +49 (0) 30/28482-107

bwe-berlin@wind-energie.de

■ BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Herrrenteichsstr. 1
49074 Osnabrück

Tel.: +49 (0) 541/35060-0

Fax: +49 (0) 541/35060-30

info@wind-energie.de

■ BANKVERBINDUNG

Sparkasse Osnabrück

BLZ: 265 501 05

Kto.: 251 868

StNr. 66/270/08061

IBAN DE56 2655 0105 0000 2518 68

BIC NOLADE22XXX

■ SITZ: OSNABRÜCK

Eingetragen ins Vereinsregister
des AG Eckernförde, VR Nr. 436

Differenz von ca. 3,5 ct/kWh entstehen für 2006 bei etwa 27 Mrd. kWh Windstrominspeisung Differenzkosten von etwa 900 Mio. Euro – etwa einen halben Euro Mehrkosten pro Haushalt und Monat. Doch der Einspareffekt der Windenergie überwiegt die Differenzkosten bei weitem: Der vorhandene Windstrom verhindert den Einsatz teurer thermischer Großkraftwerke und senkt so den Strompreis im Großhandel. Denn an der Strombörse bestimmt das teuerste gerade noch benötigte Kraftwerk den Strompreis. Dieser Grenzkosteneffekt ersparte dem Verbraucher 2005 rund 2,5 Mrd. Euro. Das HWWA, Eon und die Uni Duisburg belegten dies in empirischen und theoretischen Studien.³

Doch die Windenergie erspart unserer Volkswirtschaft zusätzlich externe Kosten, weil sie Umwelt- und Gesundheitsschäden vermeiden hilft. Allein deswegen lohne sich der Einsatz der Windenergie rein rechnerisch, so das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR).⁴ Eine Studie des Umweltbundesamts beziffert die durch das EEG vermiedenen externen Kosten mit 5,4 Euro pro Haushalt und Monat.⁵

Subventionen und Kosten der Kohle

Anders sieht es etwa bei der deutschen Steinkohle aus: Nach der Kohlevereinbarung von 1997 werden in 2004 rund 3,0 Milliarden Euro und 2005 etwa 2,7 Mrd. Euro Beihilfen aus der Staatskasse gezahlt. Nach dem neuen Kohlekompromiss werden es 2006 noch 1,94 Milliarden Euro und 2007 noch 1,90 Mrd. Euro sein.⁶ So schreibt die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft auf ihrer Homepage:

„Ohne die jährlichen Subventionen wäre deutsche Steinkohle wegen der hohen Produktionskosten nicht konkurrenzfähig. Ihr Preis läge mindestens bei dem Dreifachen des Weltmarktniveaus. [...] Im Jahresbericht 2002 der Ruhrkohle AG ist ausgewiesen, dass der Weltmarktpreis 2002 pro Tonne 45,5 Euro betrug. Deutsche Steinkohle wurde im gleichen Zeitraum mit 104 Euro pro Tonne bezuschusst“

In diesen Zahlen sind verdeckte Subventionen wie die Knappschaftsversicherung oder das Beseitigen von subventionierten Umweltschäden nicht enthalten. Denn die Kohle verschlingt nicht nur Fördergelder: Die Wochenzeitung „Die Zeit“: Um die betroffenen Gebiete des Ruhrgebiets *„trocken zu halten, arbeiten 173 Pumpwerke. Sie fördern 608 Millionen Kubikmeter Wasser im Jahr, knapp dreimal so viel, wie in die größte Talsperre Deutschlands passt. Ohne sie stünde die ganze Stadt Essen unter Wasser. Oder Dortmunds Stadtteil Deusen, abgesunken um 24 Meter. Die Bergwerke der Region zahlen dafür im Jahr mehr als 35 Millionen Euro in die Emschergenossenschaft und an den Lippeverband.“*

³ Vgl. „Beeinflussung der Spotmarktpreise durch Windstromerzeugung“. In: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Nr. 7 2006, S. 42ff. u. „Zur Wirkung des EEG auf den „Strompreis“. In: HWWA Discussion Paper 348, August 2006.

⁴ Krewitt, Wolfram u. Joachim Nitsch: Das EEG – eine Investition in die Zukunft zahlt sich schon heute aus. In: Energiewirtschaftliche Tagesfragen 7/2002.

⁵ Vgl. Hohmeyer, Olav: Vergleich externer Kosten der Stromerzeugung in Bezug auf das Erneuerbare Energien Gesetz. Studienreihe des Umweltbundesamts Berlin, Nr. 06/2002.

⁶ Vgl. Kieler Institut für Weltwirtschaft, zit. n. www.steinkohle.de.

⁷ „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft wirbt für einen radikalen Subventionsabbau: Wir begrüßen das neue Jahr mit 150 Milliarden Subventionen.“ In: www.chancenfueralle.de vom 30.12.2003.

Und linksrheinisch werden ganze Flüsse umgeleitet:

„Mit sieben Pumpsanlagen, die notwendig sind, um einen anderen Bach von Krefeld bis nach Rheinberg zu bringen. Mit insgesamt 178 Pumpsanlagen im Gebiet der LINEG, mit 35 Millionen Kilowattstunden Strom im Jahr. Mit 65 Millionen Euro Genossenschaftsbeiträgen, 27 Millionen davon zahlt der Bergbau. [...] Der RAG-Konzern wird 250 Millionen Euro im Jahr für das zahlen, was die Deutsche Steinkohle (DSK) verursacht.“⁸

Jeder Arbeitsplatz in der Steinkohle wurde 1990 mit über 40.000 Euro gefördert, 2001 schon mit über 80.000 Euro. In 2005 sollen es etwa 75.000 sein.⁹

Nicht weniger schwere Folgen und hohe Kosten zieht der Abbau der Braunkohle nach sich: Die öffentliche Hand zahlt 4,5 Mrd. Euro pro Jahr an Subventionen für die Braunkohle, davon allein 3,5 Mrd. an externen Kosten wie Rekultivierung der zerstörten Landschaften. Der Rest: Umsiedlungsförderung, Finanzhilfen, Steuervergünstigungen, Privatisierungsregelungen, Absatzförderung etc. Nicht dabei: Beschäftigungs- und Sozialförderung, Investitionsförderung Ost und Gelder für Forschungs- und Entwicklung.¹⁰

Subventionen und Kosten der Atomkraft

Der Träger des alternativen Nobelpreises Hermann Scheer schrieb in der Zeit:

„Die Atomenergienutzung ist das Resultat einer gigantischen politischen Subventions- und Privilegierungsmaschine. Für Forschung und Entwicklung der Atomenergie spendierten die OECD-Regierungen bis 1973 über 150 Milliarden Dollar (nach heutigen Preisen), für erneuerbare Energien dagegen praktisch nichts. Zwischen 1974 und 1992 waren es nochmals 168 Milliarden Dollar, für erneuerbare Energien dagegen nur 22 Milliarden. Die üppige Atomförderung der EU wird dabei gar nicht mitgezählt, und die französischen Zahlen sind bis heute geheim. Zusammen mit den vielfältigen Markteinführungshilfen und den Fördermitteln der Nicht-OECD-Länder, allen voran denen des einstigen Sowjetblocks, liegt die gesamte Staatsförderung bei mindestens einer Billion Dollar – die für die erneuerbaren Energien dagegen lediglich bei 50 Milliarden. Seit 1957 helfen die IAEA und Euratom den Regierungen bei der Konzipierung von Atomprogrammen. Internationale Organisationen für erneuerbare Energien gibt es demgegenüber bis heute nicht.“¹¹

Die Windenergie bekam gerade einmal ein Prozent der Forschungsmittel der OECD-Länder.¹² Besonders in Deutschland ging es der Atomwirtschaft immer gut: Bis Ende

⁸ Vgl. „Das geschundene Land“. In: Die Zeit vom 12.8.2004, S. 26. Zur Umweltproblematik des Steinkohlebergbaus: Anfrage der FDP/Antwort der Bundesregierung vom 4.3.2005: <http://dip.bundestag.de/btd/15/050/1505007.pdf>

⁹ Vgl. Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus, www.steinkohle.de, Bundesfinanzministerium (Subventionsberichte), Umweltbundesamt.

¹⁰ Vgl. „Braunkohle – ein subventionsfreier Energieträger?“ Kurzstudie vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie GmbH im Auftrag des Umweltbundesamts vom Oktober 2004.

¹¹ Scheer, Hermann: Kernenergie gehört ins Technikmuseum. In: Die Zeit vom 29.7.2004, Nr. 32.

¹² Siehe z.B. in: <http://library.iea.org/dbtw-wpd/bookshop3/ill/RD&D%20Budgets%20in%20IEA%20Countries%20by%20Technology.pdf>

1995 flossen insgesamt mehr als 160 Milliarden Mark an Subventionen in die Atomindustrie. Neben rund 40 Milliarden Mark öffentlicher Forschungsförderung kommen insbesondere Milliardenausgaben für gescheiterte Atomprojekte, für die Stilllegung und Beseitigung von Atomanlagen in Ostdeutschland sowie für Atomtransporte zusammen, die in erheblichem Umfang der Steuerzahler tragen musste: Rund sieben Milliarden DM (3,6 Milliarden Euro) an Planungs- und Baukosten hat das Projekt eines schnellen Brütters in Kalkar am Niederrhein verschlungen, bis 1991 das offizielle Aus kam. Für die aufgegebene Wiederaufarbeitungslage in Wackersdorf in der Oberpfalz sollen 300 Millionen DM verbaut worden sein. Ein Mehrfaches mussten Firmen, Bund und Land für Herrichtung des Industriegeländes aufbringen. Auf etwa eine Milliarde Euro wurden die Kosten für Stilllegung und Beseitigung der Aufarbeitungsanlage Karlsruhe taxiert, die ihren Betrieb 1990 einstellte. Der 3,6 Milliarden DM teure Reaktor in Mülheim-Kärlich wurde 1988 nach nur 13 Monaten Betriebszeit abgeschaltet, weil die Erdbebensicherheit nur mangelhaft geprüft worden war. Die Abrisskosten sollen sich auf 500 Millionen Euro belaufen. Gut vier Milliarden DM hatte der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop gekostet, der 1989 mangels Wirtschaftlichkeit stillgelegt wurde.¹³

Ebenfalls vorteilhaft für die AKW-Betreiber: Sie können Rückstellungen für später anfallende Kosten zur Stilllegung und Entsorgung bilden, die in Deutschland als Mittel zur Innenfinanzierung gewinn- und so steuermindernd sind. Im Jahr 2001 betragen die Rückstellungen ca. 30 bis 35 Mrd. Euro. Meist wurden sie für Projekte eingesetzt, die nicht im Sinne der Steuerbefreiung sind – etwa für Unternehmenskäufe aus der Telekommunikation, der Entsorgungswirtschaft oder für Auslandsinvestitionen.¹⁴

Zu den Vorteilen aus den Rückstellungen kommt die weitgehende Übernahme des Haftpflichtrisikos der Atomwirtschaft durch den Staat. Er verlangt von den AKW-Betreibern lediglich eine Versicherung gegen Schäden in Höhe von 2,5 Milliarden Euro, die kaum 0,1 Prozent des Schadens einer möglichen Katastrophe wie in Tschernobyl deckt. Am freien Markt wäre Atomkraft nicht versicherbar. Und während Erdgas in der Stromerzeugung besteuert wird, ist der Einsatz von Kernbrennstoffen wie auch von Braun- und Steinkohle steuerfrei.

Fazit:

Ohne diese staatlichen Ausgaben, Beihilfen und Subventionen wäre der Strom aus Kohle oder Uran wesentlich teuer als die Energiepreise dies heute widerspiegeln, eine Rendite bringende private Investition unmöglich.

¹³ Vgl. „Pleiten, Pech und Ruinen“. In: www.stern.de vom 17.2.2004.

¹⁴ Vgl. www.oeko-steuer.de/subventionen; „Rückstellungen füllen die Kriegskassen“. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 24.06.1997; Lüttke: Was kostet Atomstrom den Bürger und Stromkunden wirklich? In: Solarzeitalter 2/96, S. 16. Die EU-Kommission taxierte den tatsächlichen Bedarf an Rückstellungen auf nur 25 Mrd. Euro. Vgl. Mitteilung der Kommission an das Parlament und den Rat: Bericht über die Verwendung der finanziellen Ressourcen für die Stilllegung von Leistungsreaktoren. Brüssel 26.10.2004. S. 11.